

**Vorträge der Senatskanzlei**

für die Sitzung des Senats am 14. Mai 2019

**Beschlüsse des Senats zu den Beschlüssen der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 7. bis 9. Mai 2019**

---

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 7. bis 9. Mai 2019 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

**Stadtbürgerschaft am 7. Mai 2019**

(Schreiben der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 8. Mai 2019)

**Nr. 19/631 S**

**Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:**

Wie viele Flächen hat Bremen noch? Entwicklung des öffentlichen Flächenbestands in der Stadtgemeinde Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 19. Februar 2019  
(Drucksache 19/926 S)

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/632 S**

**Fragestunde:**

1. Missstände in den Hochhäusern Neuwiederstraße 1 und 3  
Anfrage der Abgeordneten Mustafa Güngör, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 20. März 2019
2. Hundefreilaufflächen sichern  
Anfrage der Abgeordneten Rainer W. Buchholz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 20. März 2019

3. Schulanwahl in Bremen – liegen dem Senat qualitative Daten über die Schulen in Bremen vor?  
Anfrage der Abgeordneten Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 20. März 2019
4. Umsetzungsstand eines medizinischen Zentrums für erwachsene Menschen mit Behinderung  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 20. März 2019
5. Einweggrills in bremischen Grünanlagen  
Anfrage der Abgeordneten Jens Crueger, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 26. März 2019
6. Baumfällungen und Nachpflanzungen  
Anfrage der Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 26. März 2019
7. Auto- und Motorradposing in Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. März 2019
8. Wie geht es weiter mit dem Gesundheitsamt Bremen?  
Anfrage der Abgeordneten Nima Pirooznia, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. März 2019
9. Illegales Parken konsequent zurückdrängen!  
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. März 2019
10. Einleitung eines Strafverfahrens wegen der Verletzung der Unterhaltspflicht  
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 29. März 2019
11. Annahme von fiktiven Einkünften bei Heranziehung von Unterhaltssäumigen ohne ausreichenden Titel  
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 29. März 2019
12. Intersexuelle Menschen in der Stadt Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 4. April 2019
13. Ärger mit den alten Kleidern  
Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 11. April 2019

14. Teilschritte zur Barrierefreiheit – blindengerechte Beschriftung öffentlicher Gebäude  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. April 2019
15. Defekte automatische Türöffner im Bürgeramt Bremen-Mitte – Wann ist die Barrierefreiheit wieder hergestellt?  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. April 2019
16. Maßnahmen gegen den Schwarzmarkt-Handel bei Spielen von Werder Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 23. April 2019
17. Umweltverträglichkeit von Fahrbahnmarkierungen und -einfärbungen?  
Anfrage der Abgeordneten Rainer W. Buchholz, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 25. April 2019
18. Städtepartnerschaften von Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 29. April 2019
19. Straßenmusik mit Verstärkung  
Anfrage der Abgeordneten Kai Wargalla, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. April 2019
20. Kindergräberfeld auf bremischen Friedhöfen einrichten  
Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. April 2019
21. Tempo 30 vor Kindertageseinrichtungen und Schulen  
Anfrage der Abgeordneten Heike Sprehe, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 30. April 2019

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/633 S**

### **Aktuelle Stunde**

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Lencke Steiner und Fraktion der FDP eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**"Steuergeldverschwendung und Beeinflussung – Wann stoppt der Senat seine 250 000-Euro-Kampagne für die Bebauung der Rennbahn?"**

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/634 S**

### **Konsensliste**

Mitteilung der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft vom 7. Mai 2019

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Digital geht auch sozial – Freies WLAN für den Stadtteil Gröpelingen  
Große Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 21. August 2018  
(Drucksache [19/832 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. November 2018  
(Drucksache [19/876 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Versorgungslücke und Trägerwettbewerb bei Assistenzkräften in der Inklusion  
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 24. Oktober 2018  
(Drucksache [19/858 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018  
(Drucksache [19/896 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Lokale erinnerungskulturelle Initiativen in Huchting, Grolland und in der Neustadt unterstützen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 21. Januar 2019

(Neufassung der Drucksache [19/894 S](#) vom 18. Dezember 2018)

(Drucksache [19/906 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. als Zeichen der Wertschätzung für das zivilgesellschaftliche Engagement und die stadtteilübergreifende Zusammenarbeit, nach Einbindung des Staatsarchivs, der Landeszentrale für politische Bildung und des Vereins „Erinnern für die Zukunft“ in Bezug auf Art und Lage des von den Beiräten gewünschten Erinnerungsortes, sich an den Kosten für die bauliche Herrichtung eines Erinnerungsortes finanziell oder durch den entsprechenden kostenfreien Einsatz kommunaler Einrichtungen zu beteiligen.
2. die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure in Grolland, Huchting und in der Neustadt bei Bedarf durch das bestehende erinnerungskulturelle Netzwerk der Stadt zu beraten und zu unterstützen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Kultur (federführend) und an die Senatorin für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung.

4. Frauenförderung in der Kultur  
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 15. Januar 2019  
(Drucksache [19/898 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. März 2019  
(Drucksache [19/932 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Kosmetische Operationen bei intergeschlechtlichen Menschen  
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 15. Januar 2019  
(Drucksache [19/903 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2019  
(Drucksache [19/924 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Energiebericht für die öffentlichen Gebäude der Stadtgemeinde  
Bremen und die Landesgebäude der Freien Hansestadt Bremen  
– Bericht für das Jahr 2017 –

Mitteilung des Senats vom 5. Februar 2019  
(Drucksache [19/913 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Mobilität für alle erschwinglich gestalten und Jugendticket für Auszubildende, Freiwillige und Schülerinnen und Schüler ab 18 Jahren vorbereiten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 12. März 2019  
(Drucksache [19/942 S](#))

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat,

1. den Finanzbedarf für eine Preissenkung für das „StadtTicket“ ab dem 1. Januar 2020 auf 25 Euro zu ermitteln und dieses für die Haushaltsberatungen 2020 vorzubereiten;
2. für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Freiwillige ab 18 Jahren die Einführung eines „Jugendtickets“ gemeinsam mit dem VBN und ZVBN (Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen) vorzubereiten, verschiedene Modelle und Zahlungsmodalitäten vorzuschlagen und den genauen Finanzierungsbedarf für die jeweiligen Modelle zu ermitteln und dieses zu den Haushaltsberatungen 2020 darzulegen;
3. die kostenfreie Nutzung städtischer Busse und Bahnen für Bremer Kinder und Jugendliche in seinen verschiedenen finanziellen Auswirkungen darzulegen;
4. die finanziellen Auswirkungen eines 365-Euro-Tickets für alle Nutzerinnen und Nutzer mit einer Sozialkomponente darzulegen;
5. den VBN eine Überprüfung der Auswirkungen sowohl der kostenfreien Nutzung der städtischen Busse und Bahnen durch Bremer Kinder und Jugendliche, eines 365-Euro-Tickets für alle Nutzerinnen und Nutzer mit Sozialkomponente als auch eines „Jugendtickets“ im Tarifgebiet in allen Preisstufen vornehmen zu lassen;
6. Auswirkungen auf andere Kommunen und Gemeinden durch verändertes Nutzerverhalten zum Beispiel durch Park and ride oder Anschlussticketnutzung insbesondere an den tariflichen Rändern zu bewerten;
7. der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Familie, Integration und Sport laufend halbjährlich über die Fortschritte zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (federführend) und an die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

8. Geschäftsbericht und Haushaltsrechnungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2016

Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2017  
(Drucksache [19/711 S](#))

Die Stadtbürgerschaft erteilt dem Senat aufgrund § 114 Absatz 1 in Verbindung mit § 118 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung für das Haushaltsjahr 2016.

Die Stadtbürgerschaft nimmt vom dem Geschäftsbericht Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

9. Jahresbericht 2018 der Freien Hansestadt Bremen – Stadt – gemäß § 97 Landeshaushaltsordnung

Bericht des Rechnungshofs  
vom 8. März 2018  
Drucksache [19/750 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Jahresbericht 2018 des Rechnungshofs Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

10. Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) für das Jahr 2016 (Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2017, Drs. [19/711 S](#)) und Jahresbericht 2018 – Stadt– des Rechnungshofs vom 8. März 2018 (Drs. [19/750 S](#))

vom 25. März 2019  
(Drucksache [19/944 S](#))

Die Stadtbürgerschaft tritt den Bemerkungen im Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

11. Ortsgesetz über den Ausgleich für das  
Gemeindesteueraufkommen im stadtbremischen  
Überseehafengebiet

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019  
(Drucksache [19/914 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur  
Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und  
dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt  
Bremen.

12. Ortsgesetz über den Ausgleich für das  
Gemeindesteueraufkommen im stadtbremischen  
Überseehafengebiet

Bericht und Antrag des städtischen Haushalts- und  
Finanzausschusses  
vom 26. März 2019  
(Drucksache [19/946 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des städtischen  
Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

13. Bericht über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus  
Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische  
Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien  
Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen) 2018

Mitteilung des Senats vom 2. April 2019  
(Drucksache [19/949 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats  
Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

14. Bebauungsplan 2497  
für ein Gebiet in Bremen-Osterholz nördlich Osterholzer  
Heerstraße, beidseitig Große Laake und südwestlich  
Stumpesweg

Mitteilung des Senats vom 9. April 2019  
(Drucksache [19/952 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2497.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur  
Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der  
Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt  
zu machen.

15. Erstes Ortsgesetzes zur Änderung des Vorkaufsortgesetzes  
„Vorderes Woltmershausen“

Mitteilung des Senats vom 23. April 2019  
(Drucksache [19/955 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur  
Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und  
dessen Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

16. Bericht über die Arbeit des städtischen Petitionsausschusses  
nach § 14 des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen  
durch die Stadtbürgerschaft

vom 29. April 2019  
(Drucksache [19/956 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des städtischen  
Petitionsausschuss Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

17. Auf geht´s ins Weserstadion: bequem, umwelt- und anwohnerfreundlich

Mitteilung des Senats vom 30. April 2019  
(Drucksache [19/957 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Nr. 19/635 S**

#### **Ortsgesetz über die Begrünung von Freiflächen und Flachdachflächen in der Stadtgemeinde Bremen (Begrünungsortsgesetz)**

Mitteilung des Senats vom 26. März 2019  
(Drucksache [19/947 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

**Nr. 19/636 S**

**Kriminalprävention und Stadtentwicklung gemeinsam denken!**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 27. November 2018  
(Drucksache [19/878 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. einen Fachbeirat „Einbruchschutz und städtebauliche Kriminalprävention“ aus Vertretern der Bauwirtschaft, des Handwerks, der Versicherungswirtschaft, der Zentralstelle zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau und der Polizei einzuberufen, der die Bauplanungsbehörden bei der Entwicklung von Flächenbeplanungen und der Aufstellung von Bebauungsplänen berät, damit die Aspekte subjektives Sicherheitsgefühl und objektive Sicherheit verstärkt Berücksichtigung in der Stadtentwicklung finden;
2. im Rahmen der bestehenden Abläufe ein Verfahren zu entwickeln, durch das darüber hinaus das stadtentwicklungspolitische Ziel der städtebaulichen Kriminalprävention durch Anhörung dieses Fachbeirats oder anderer geeigneter Stellen auch formal Eingang in die Erstellung von Bebauungsplänen finden kann, soweit sich hierdurch die Erstellungsphase nicht wesentlich verlängert;
3. in den bestehenden strukturierten Gesprächen mit der Wohnungswirtschaft zu städtebaulichen Fragen beziehungsweise in seiner Funktion als (Mit-)Eigentümer von Wohnungsbaugesellschaften darauf hinzuwirken, dass die Wohnungswirtschaft auch bei Maßnahmen im Bestand dem städtebaulichen Ziel der baulichen Kriminalprävention Rechnung trägt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Inneres (federführend) und an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie die Zentralstelle zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zur weiteren Veranlassung.

**Nr. 19/637 S**

**Entwicklung und Zustand der offenen Jugendarbeit in der Stadt Bremen**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 26. Februar 2019  
(Drucksache [19/929 S](#))

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 30. April 2019**

(Drucksache [19/958 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/638 S**

**Bessere Gehwege durch Sanierung und Ausbau – weg mit den Stolperfallen!**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 27. Februar 2019  
(Drucksache [19/931 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/639 S**

**Die Innenstadt durch eine vernetzte Mobilitätsplattform wettbewerbsfähiger machen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 5. November 2018  
(Drucksache [19/865 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf:

1. eine verkehrsträgerübergreifende Mobilitätsplattform im Internet einzurichten, die die unterschiedlichen Verkehrsmittel

untereinander verknüpft und mithilfe einer „Smart City App“ nicht nur freie Parkplätze in der Innenstadt anzeigt, sondern auch als Zugangs- und Zahlungsmittel für den ÖPNV, Carsharing-Anbieter, Fahrradverleihsysteme und Parkhäuser dient.

2. der städtischen Deputationen für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft über den Fortschritt zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur weiteren Veranlassung.

### **Nr. 19/640 S**

#### **Die Innenstadt durch eine vernetzte Mobilitätsplattform wettbewerbsfähiger machen**

Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft

vom 11. April 2019

(Drucksache [19/953 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Nr. 19/641 S**

#### **Nutzt Bremen die Chancen der autonomen und digital vernetzten Mobilität?**

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 2. Oktober 2018

(Drucksache [19/852 S](#))

D a z u

#### **Mitteilung des Senats vom 27. November 2018**

(Drucksache [19/881 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/642 S**

##### **Zum Nutzen von Umwelt und Verkehr jetzt in die Mobilität der Zukunft einsteigen: Bremen braucht ein intelligentes Verkehrs- und Parkleitsystem**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 16. Januar 2019  
(Drucksache [19/904 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/643 S**

##### **Wiedereröffnung des Brilltunnels ohne Denkverbote prüfen**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 9. Oktober 2018  
(Drucksache [19/853 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/644 S**

**Bremens Altstadt auch abends ins beste Licht rücken**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 30. Oktober 2018  
(Drucksache [19/864 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/645 S**

**Airport Bremen nach der Germania-Pleite – Investitionen in die Zukunft des Flughafens vorantreiben**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 14. Februar 2019  
(Drucksache [19/918 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/646 S**

**Moderne Parkraumkonzepte für moderne Stadtteile**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 15. Februar 2019  
(Drucksache [19/919 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/647 S**

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan 131  
(zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung  
eines Wohngebäudes mit gewerblicher Nutzung am  
Hohentorsplatz in Bremen-Neustadt**

Mitteilung des Senats vom 2. April 2019  
(Drucksache [19/950 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen  
Bebauungsplan 131.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis  
und beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan sowie den  
Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen  
bekannt zu machen.

**Nr. 19/648 S**

**Verkehrssicherheit erhöhen! Regeln gelten auch für Radfahrer**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 5. April 2019  
(Drucksache [19/951 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/649 S**

**Trotz Brexit Partner bleiben – Städtepartnerschaft Bremens im  
Vereinigten Königreich schließen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 23. April 2019  
(Drucksache [19/954 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/650 S**

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 37**

vom 26. April 2019

(Drucksache [19/960 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/651 S**

**Vorkaufsortsgesetz „Lüssumer Heide“**

Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2019

(Drucksache [19/961 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

## **Bürgerschaft (Landtag) am 8. Mai 2019**

(Schreiben der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 9. Mai 2019)

### **Nr. 19/1296**

#### **Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:**

„Erhöhte Wachsamkeit“

Sechster Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen 2013 - 2018

Mitteilung des Senats vom 23. April 2019

(Drucksache [19/2144](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Nr. 19/1297**

#### **Keine gestufte und gesteuerte Versorgung durch das Termin- und Versorgungsgesetz – zusätzliche Hürden für psychisch kranke Menschen verhindern!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 18. Dezember 2018

(Drucksache [19/1983](#))

Der Antrag ist von dem Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Nr. 19/1298**

#### **Aktuelle Stunde**

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt, Claudia Bernhard, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**„Kaum Einkommenszuwachs in Bremen, Einkommensverluste in Bremerhaven: WSI-Verteilungsmonitor zeigt negative Abkopplung vom Bundestrend“.**

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/1299**

### **Konsensliste**

Mitteilung der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft vom 7. Mai 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Von Dortmund lernen und die Potenziale von Freier Software im Land Bremen systematisch untersuchen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 6. November 2018

(Drucksache [19/1894](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2018

(Drucksache [19/1956](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Besuche in Gedenkstätten und außerschulischen Lernorten zum Thema „NS-Diktatur“ für alle Schulklassen ermöglichen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der FDP, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 26. März 2019

(Neufassung der Drucksache [19/2073](#) vom 6. März 2019)

(Drucksache [19/2127](#))

1. Um das Ziel zu erreichen, dass jede Schülerin/jeder Schüler des Landes Bremen mindestens einmal während der Schulzeit einen außerschulischen Lernort zum Thema NS-Diktatur wie den Denkort Bunker Valentin, das Schulmuseum oder eine Gedenkstätte eines Konzentrationslagers besuchen kann, fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf:

- a. die Kosten für Führungen von Schulklassen aus Bremen und Bremerhaven in Denkort, Gedenkstätten oder außerschulischen Lernorten zum Thema NS-Diktatur zu übernehmen;

- b. für Schulen mit Sozialstufe 5 einen Fördertopf einzurichten, aus dem Schulklassen aus Bremen und Bremerhaven unbürokratisch einen Zuschuss zu den Fahrtkosten für einen Besuch eines Denkmals oder außerschulischen Lernorts beantragen können;
  - c. eine zusätzliche Stelle am Bunker Valentin für eine pädagogische Fachkraft zu schaffen, um der Besucherinnenzahl/Besucherzahl und der pädagogischen Modularbeit mit Besucherinnengruppen/Besuchergruppen gerecht zu werden, mehr Kapazitäten für Besuche zu schaffen und die wichtige Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung am Denkort Bunker Valentin zukünftig sicherzustellen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
- a. ein Konzept vorzulegen, wie die Arbeit mit und die Besuche von Gedenkstätten und außerschulischen Lernorten zur NS-Diktatur systematisch in den Schulunterricht eingebunden werden.
  - b. Sorge dafür zu tragen, dass die Bildungsangebote externer Organisationen der Erinnerungs- und Gedenkarbeit an den Schulen bekannt werden und nach Möglichkeit in den Unterricht eingebunden werden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Kinder und Bildung (federführend) und an den Magistrat der Stadt Bremerhaven zur weiteren Veranlassung.

3. Inklusive Kulturpolitik in Bremen – wo stehen wir im Jahr 2018?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 20. November 2018

(Drucksache [19/1920](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019

(Drucksache [19/2020](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Menschenhandel und Zwangsprostitution – Wie stellt sich die Situation im Land Bremen dar?

Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 27. November 2018  
(Drucksache [19/1928](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2019  
(Drucksache [19/2007](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Entwicklung von Altersarmut im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 4. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1944](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2019  
(Drucksache [19/2053](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Konzept „Für mehr sichere Schwimmerinnen und Schwimmer im Land Bremen“

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 5. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1947](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019  
(Drucksache [19/2021](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Stand der Digitalisierung in Bremens öffentlicher Verwaltung

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 18. Dezember 2018

(Drucksache [19/1970](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019

(Drucksache [19/2037](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

8. Personalsituation an Grundschulen

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 4. Februar 2019

(Drucksache [19/2026](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. April 2019

(Drucksache [19/2133](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

9. Geschäftsbericht und Haushaltsrechnungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2016

Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2017

(Drucksache [19/1454](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat aufgrund § 114 Absatz 1 in Verbindung mit § 118 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung für das Haushaltsjahr 2016.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Geschäftsbericht Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

10. Jahresbericht 2018 – Land – gemäß § 97 LHO

Bericht des Rechnungshofs  
vom 8. März 2018  
(Drucksache [19/1576](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Jahresbericht 2018 des Rechnungshofs Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

11. Bericht und Antrag des staatlichen  
Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der  
Freien Hansestadt Bremen (Land) für das Jahr 2016 Mitteilung  
des Senats vom 19. Dezember 2017 (Drs. [19/1454](#)) und  
Jahresbericht 2018 – Land – des Rechnungshofs vom 8. März  
2018 (Drs. [19/1576](#))

vom 25. März 2019  
(Drucksache [19/2115](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

12. 1. Jahresbericht  
der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen  
Datenschutzgrundverordnung

vom 27. März 2019  
(Drucksache [19/2128](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 1. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

13. 13. Jahresbericht  
der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit  
vom 27. März 2019  
(Drucksache [19/2129](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 13. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

14. Bericht über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen) 2018  
Mitteilung des Senats vom 2. April 2019  
(Drucksache [19/2130](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

15. Bremisches Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen und Störfällen (Bremisches Immissionsschutzgesetz – BremImSchG)  
Mitteilung des Senats vom 9. April 2019  
(Drucksache [19/2131](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

16. Gesetz zum ersten Staatsvertrag zur Änderung des Vertrages über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG (Erster IT-Änderungsstaatsvertrag) – Weiterentwicklung der IT-Zusammenarbeit der Verwaltungen von Bund und Ländern und Errichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts „Föderale IT-Kooperation (FITKO)“

Mitteilung des Senats vom 9. April 2019

(Drucksache [19/2132](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

17. Dritter Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (Dritter Glücksspieländerungsstaatsvertrag – Dritter GlüÄndStV)

Mitteilung des Senats vom 16. April 2019

(Drucksache [19/2139](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

18. Konsolidierungsbericht 2018 der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 23. April 2019

(Drucksache [19/2145](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

19. Sanierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen vom April 2019

Mitteilung des Senats vom 23. April 2019  
(Drucksache [19/2146](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

20. Anpassung der Entschädigungsleistungen

Mitteilung der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft vom 24. April 2019  
(Drucksache [19/2152](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

21. Bericht und Antrag über die 27. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 26. August bis 28. August 2018 in Mariehamn, Åland-Inseln

Bericht und Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft vom 24. April 2019  
(Drucksache [19/2153](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Empfehlungen des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

22. Bericht über die Arbeit des staatlichen Petitionsausschusses nach § 14 des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bürgerschaft (Landtag)

vom 29. April 2019  
(Drucksache [19/2156](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

23. Wahl eines Mitglieds des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Mustafa G ü n g ö r

zum Mitglied des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

24. Kooperation mit Yad Vashem nicht auf Lehrerinnen und Lehrer beschränken

Mitteilung des Senats vom 30. April 2019  
(Drucksache [19/2159](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

25. Gesetz zur Änderung der Bremischen Landesverfassung

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP  
vom 25. März 2019  
(Drucksache [19/2116](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

26. Digitale Mündigkeit und digitale Kompetenzen bei der Umsetzung des DigitalPakts verwirklichen

Mitteilung des Senats vom 2. Mai 2019  
(Drucksache [19/2169](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Nr. 19/1300**

#### **Verabredungen des Bremer Konsenses zur Schulentwicklung müssen schnellstmöglich Realität werden**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 24. April 2019

(Drucksache [19/2151](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Maßnahmen und teilt die Ziele des durch die Vorsitzenden der Parteien von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vereinbarten Bremer Konsenses zur Schulentwicklung 2018 bis 2028. Insbesondere hebt die Bürgerschaft (Landtag) hierbei die Bedeutung der gesicherten schulstrukturellen Kontinuität, die Notwendigkeit zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Schulsystems sowie die Entkopplung von sozialer Herkunft und dem Bildungserfolg im Land Bremen hervor.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen Bericht vorzulegen, der einen Überblick über die wesentlichen im Rahmen des Bremer Konsenses zur Schulentwicklung 2018 bis 2028 vereinbarten Maßnahmen und die perspektivischen Erfordernisse zu ihrer Umsetzung Auskunft gibt. Hierbei soll insbesondere Auskunft gegeben werden über zentrale Eckpunkte wesentlicher Veränderungsbedarfe über die Gesamtlaufzeit des Konsenses 2019 bis 2028 in gesetzgeberischer, finanzieller, personeller, behördlicher und schulorganisatorischer Hinsicht.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in Ergänzung zur bereits erfolgten Evaluation für den Bereich der Sprachförderung in angemessenem Rahmen eine wissenschaftliche Expertise in Auftrag zu geben, um bestehende Instrumente der Förderung auszuwerten und neue zu entwickeln.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung.

#### **Nr. 19/1301**

##### **Kein Minimalkonsens des „Weiter so“ – für einen Paradigmenwechsel in der Schulpolitik!**

Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion der FDP  
vom 7. Mai 2019  
(Drucksache [19/2173](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den EntschlieÙungsantrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1302**

##### **Arbeitsbedingungen für die Heilmittelerbringer verbessern – wichtige Gesundheitsberufe stärken!**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 28. August 2018  
(Drucksache [19/1796](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffer 4 des Antrags ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt denn Ziffern 1 bis 3 und 5 wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein Modellprojekt auf den Weg gebracht wird, mit dem ein direkter Versorgungszugang zu Heilmittelerbringern erprobt wird. Anhand der Ergebnisse soll über den Direktzugang zu Heilmittelerbringern in der Regelversorgung entschieden werden. Im Vorfeld sind dabei die Fragen von Versicherungsschutz, Haftung und Budgetierung zu klären;
2. sich dafür einzusetzen, dass die Vergütung der Heilmittelerbringer leistungsgerechter gestaltet wird. Hierfür sollten die entsprechenden Leistungen künftig an den gestiegenen Bedarf angepasst werden und die Erkenntnisse einfließen, die hinsichtlich der demographischen Entwicklung, der längeren Lebensarbeitszeit und der verkürzten Liegezeiten in Krankenhäusern vorliegen;
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Vertreter der Heilmittelerbringer ein Mitbestimmungs- und Mitspracherecht im G-BA und weiteren relevanten Gremien, welche über die Interessen und Leistungen von Heilmittelerbringern entscheiden, erhalten;
5. der zuständigen Deputation sowie der Bürgerschaft (Landtag) in einem angemessenen Zeitraum über die vom Senat unternommenen Maßnahmen Bericht zu erstatten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (federführend) und an die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit zur weiteren Veranlassung.

### **Nr. 19/1303**

#### **Arbeitsbedingungen für die Heilmittelerbringer verbessern – wichtige Gesundheitsberufe stärken!**

Bericht der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz vom 13. Dezember 2018

(Drucksache [19/1968](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Nr. 19/1304**

#### **Polizei endlich in das 21. Jahrhundert führen – Flächendeckende Ausstattung mit Smartphones und Tablets**

Antrag der Fraktion der FDP

vom 18. Januar 2019

(Drucksache [19/2002](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Nr. 19/1305**

#### **Vermögensabschöpfung im Jugendstrafrecht**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 22. Januar 2019

(Drucksache [19/2013](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. im Rahmen der Auswertung der ersten Erfahrungen mit der Neuregelung der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung auf Bundesebene - insbesondere auch die Erfahrungen im Jugendstrafrecht -, zu berücksichtigen;
2. sich auf Bundesebene für notwendige gesetzliche Änderungen im Jugendgerichtsgesetz einzusetzen, wie etwa die Einziehung als Nebenfolge im Strafverfahren unter bestimmten Voraussetzungen aus dem Anwendungsbereich des

Jugendgerichtsgesetzes im Sinne eines zielgerichteten Erziehungsauftrages auszunehmen;

3. durch geeignete Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass sichergestellt ist, dass in jedem Fall dem gesetzlich in § 2 Absatz 1 JGG geregelten Vorrang des Erziehungsgedankens bei der konkreten Anwendung der Regeln zur Vermögensabschöpfung durch die Staatsanwaltschaft Rechnung getragen wird.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Justiz und Verfassung zur weiteren Veranlassung.

#### **Nr. 19/1306**

##### **Bremerhaven braucht die Hafenrandstraße!**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 18. Februar 2019  
(Drucksache [19/2046](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1307**

##### **Bremen braucht eine Digitale Agenda für die öffentliche Verwaltung**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 16. Januar 2018  
(Drucksache [19/1475](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/1308**

### **Bremen braucht eine Digitale Agenda für die öffentliche Verwaltung**

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit  
vom 21. Februar 2019  
(Drucksache [19/2057](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/1309**

### **Trend zu immer mehr Einweggetränkeverpackungen stoppen – Das Mehrwegsystem stärken**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 18. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1866](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Bundesrat eine Nachbesserung des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die hochwertige Verwertung von Verpackungen mit dem Ziel zu beantragen, die Ausnahmen für pfandfreie Getränkeverpackungen weiter zu reduzieren und eine Lenkungsabgabe – zusätzlich zum Einwegpfand – auf Einwegprodukte in Höhe von 20 Cent einzuführen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (federführend) und an den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie den Magistrat der Stadt Bremerhaven zur weiteren Veranlassung.

## **Nr. 19/1310**

### **Trend zu immer mehr Einweggetränkeverpackungen stoppen – Das Mehrwegsystem stärken**

Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft  
vom 25. Februar 2019  
(Drucksache [19/2058](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen  
Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und  
Landwirtschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/1311**

### **Zugang zu assistierter Reproduktionsmedizin endlich erleichtern!**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 20. März 2019  
(Drucksache [19/2110](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/1312**

### **Die Vierte Säule des Programms für den Ein-Personen- Wohnraumbedarf zum Wintersemester 2018/2019 aktivieren – mögliche Konversion von Flüchtlingsunterkünften schnell einleiten**

Mitteilung des Senats vom 16. Oktober 2018  
(Drucksache [19/1859](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Nr. 19/1313**

#### **Niedrigere Baukosten schaffen mehr Wohnraum! – Niederlande zum Vorbild nehmen**

Antrag der Fraktion der FDP

vom 26. Februar 2019

(Neufassung der Drucksache [19/1877](#) vom 23. Oktober 2018)

(Drucksache [19/2061](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Nr. 19/1314**

#### **Wohnungsbauaktivitäten verstärken und einer wachsenden Stadt anpassen**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 13. Juni 2017

(Drucksache [19/1099](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1315**

##### **Wohnungsbauaktivitäten verstärken und einer wachsenden Stadt anpassen**

Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft  
vom 5. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1948](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1316**

##### **Dringend benötigten zusätzlichen Wohnraum durch Dachaufstockungen schaffen**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 9. Januar 2019  
(Drucksache [19/1992](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1317**

##### **Digitales Planen und Bauen auch in Bremen umsetzen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 8. August 2017  
(Drucksache [19/1168](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Nr. 19/1318**

#### **Digitales Planen und Bauen auch in Bremen umsetzen**

Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft  
vom 25. Februar 2019  
(Drucksache [19/2059](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Nr. 19/1319**

#### **Familienfreundliches Bremen – mehr Bauland für Einfamilienhäuser schaffen!**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 4. März 2019  
(Drucksache [19/2069](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1320**

**Wohnraumversorgung bezahlbar und leistbar sicherstellen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 2. Mai 2019

(Drucksache [19/2168](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1321**

**Vertrauliche rechtsmedizinische Begutachtung für Opfer von Gewalt**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 24. Oktober 2018

(Drucksache [19/1883](#))

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2018**

(Drucksache [19/1943](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/1322**

### **Vertrauliche rechtsmedizinische Begutachtung auch für Opfer von Gewaltstraftaten einführen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 20. März 2019

(Drucksache [19/2109](#))

Der Senat wird aufgefordert, bis Anfang 2020 ein inhaltliches und finanzielles Konzept für eine vertrauliche rechtsmedizinische Spurensicherung für Opfer von Gewaltstraftaten zu erarbeiten. Das Konzept soll auf Grundlage der Erfahrungen aus der anonymen Spurensicherung für Opfer von Sexualstraftaten insbesondere die hohe Dunkelziffer bei häuslicher Gewalt und die Möglichkeit verbesserter strafprozessualer Beweisführung adressieren. In die Erarbeitung sollen die Beteiligten des Arbeitskreises „Bremer Modell“ (notruf, GeNo, Kriminalpolizei und so weiter), die bestehenden Interventionsstelle „Neue Wege“ und Akteure aus der Täterarbeit einbezogen werden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (federführend) und an den Senator für Inneres, die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sowie die Zentralstelle zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zur weiteren Veranlassung.

## **Nr. 19/1323**

### **Zwangsräumungen verhindern – Obdachlosigkeit vermeiden!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 19. März 2019

(Drucksache [19/2105](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1324**

**Viertes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 19. März 2019

(Drucksache [19/2106](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

**Nr. 19/1325**

**Viertes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 5. Dezember 2018

(Drucksache [19/1946](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1326**

**Viertes Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes**

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen  
vom 25. April 2019

(Drucksache [19/2154](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1327**

#### **19. Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften**

Mitteilung des Senats vom 19. März 2019

(Drucksache [19/2102](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

#### **Nr. 19/1328**

#### **Missbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen unterbinden – Anfechtungsmöglichkeiten für Behörden erneut prüfen!**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 30. Oktober 2018

(Drucksache [19/1886](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1329**

**Missbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen unterbinden –  
Anfechtungsmöglichkeiten für Behörden erneut prüfen!**

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres  
vom 19. März 2019  
(Drucksache [19/2108](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen  
Deputation für Inneres Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1330**

**Personalgewinnung der Freien Hansestadt Bremen  
zielgerichteter und zukunftsfester gestalten!**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 18. September 2018  
(Drucksache [19/1828](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1331**

**Personalgewinnung der Freien Hansestadt Bremen  
zielgerichteter und zukunftsfester gestalten!**

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses  
vom 25. März 2019  
(Drucksache [19/2114](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen  
Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1332**

**Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Hochschulzulassung und zur Änderung des Bremischen Hochschulzulassungsgesetzes**

Mitteilung des Senats vom 26. März 2019

(Drucksache [19/2123](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

**Nr. 19/1333**

**Der Instandhaltungsbereich der Bahn braucht eine Zukunft in Bremen!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 30. Oktober 2018

(Drucksache [19/1891](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1334**

**Der Instandhaltungsbereich der Bahn braucht eine Zukunft in Bremen!**

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen  
vom 11. April 2019  
(Drucksache [19/2135](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1335**

**Auszubildende gleichstellen – auch in der öffentlichen Mobilität!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 23. Juni 2017  
(Drucksache [19/1135](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1336**

**Auszubildende gleichstellen – auch in der öffentlichen Mobilität!**

Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft  
vom 11. April 2019  
(Drucksache [19/2136](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1337**

##### **Keine weiteren Ticketpreiserhöhungen – Preismoratorium für den ÖPNV und Schienennahverkehr**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 19. Juni 2018

(Drucksache [19/1724](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1338**

##### **Keine weiteren Ticketpreiserhöhungen – Preismoratorium für den ÖPNV und Schienennahverkehr**

Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft

vom 11. April 2019

(Drucksache [19/2137](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/1339**

### **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Freien Hansestadt Bremen – Dem Wunsch von Verstorbenen über das Verstreuen ihrer Asche Geltung verschaffen**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 4. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1940](#))  
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit den Änderungen aus der Drucksache [19/2138](#) in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

## **Nr. 19/1340**

### **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Freien Hansestadt Bremen – Dem Wunsch von Verstorbenen über das Verstreuen ihrer Asche Geltung verschaffen**

Bericht und Änderungsantrag der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft  
vom 11. April 2019  
(Drucksache [19/2138](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1341**

**Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 37**

vom 26. April 2019

(Drucksache [19/2155](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1342**

**Geschlechtergerechte Weiterentwicklung der  
„Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen  
Wirtschaftsstruktur“ – GRW-Fortschreibung 2020 für  
Veränderungen nutzen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 28. Juni 2018

(Drucksache [19/1740](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1343**

**Geschlechtergerechte Weiterentwicklung der  
„Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen  
Wirtschaftsstruktur“ – GRW-Fortschreibung 2020 für  
Veränderungen nutzen**

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

vom 30. April 2019

(Drucksache [19/2157](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1344**

##### **Radikalisierung früh erkennen und reagieren - Gesetz zur Zuständigkeit bei erkannter Radikalisierung junger Menschen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. August 2017

(Neufassung der Drucksache [19/1181](#) vom 8. August 2017)

(Drucksache [19/1189](#))

1. Lesung

D a z u

##### **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**

vom 21. August 2017

(Drucksache [19/1192](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1345**

##### **Regelung des herkunftssprachlichen Unterrichts**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 30. April 2019

(Drucksache [19/2165](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis Ende des Jahres einen Entwurf für eine grundsätzliche Regelung zum herkunftssprachlichen Unterricht zu erarbeiten und der zuständigen Deputation vorzulegen, in dem unter anderem geregelt wird,

1. welche Ziele dieser Unterricht verfolgt,
2. unter welchen Bedingungen der Unterricht stattfindet,
3. unter welchen Bedingungen wer an dem Unterricht teilnehmen kann,
4. wer diesen Unterricht erteilt und
5. wie der Unterricht grundsätzlich als Bestandteil der Zeugnisse aufgenommen werden kann.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung.

#### **Nr. 19/1346**

##### **Einfluss der Frauenbeauftragten stärken!**

Antrag Fraktion DIE LINKE

vom 2. Mai 2019

(Drucksache [19/2167](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1347**

##### **Kinder und Jugendliche besser schützen – Tabakwerbung verbieten**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 2. Mai 2019

(Drucksache [19/2170](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für ein möglichst umfassendes Verbot aller Formen der Kino- und Außenwerbung für Tabakprodukte einzusetzen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur weiteren Veranlassung.

#### **Nr. 19/1348**

#### **Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung – Ausführung des Artikels 131a der Landesverfassung**

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2019

(Drucksache [19/2033](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit den vorgenommenen Änderungen aus der Drucksache [19/2171](#) in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

#### **Nr. 19/1349**

#### **Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung – Ausführung des Artikels 131a der Landesverfassung**

Bericht und Änderungsantrag des staatlichen Haushalts- und  
Finanzausschusses

vom 6. Mai 2019

(Drucksache [19/2171](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1350**

##### **Erhöhung der Studierendenzahl der Hochschule Bremerhaven auf 5 000 Studierende**

Antrag des Abgeordneten Patrick Öztürk  
vom 7. Mai 2019  
(Drucksache [19/2179](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1351**

##### **Transparenz bei der Neuaufstellung und Weiterentwicklung des Fachbereichs Psychologie an der Universität Bremen**

Antrag des Abgeordneten Patrick Öztürk  
vom 7. Mai 2019  
(Drucksache [19/2180](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1352**

**Gerechten Handel stärken, Fair-Trade-Kaffee von der Kaffeesteuer befreien – zweiter Anlauf**

Antrag des Abgeordneten Patrick Öztürk  
vom 7. Mai 2019  
(Drucksache [19/2181](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1353**

**Power-to-Gas-Anlage im Lande Bremen: ein Pilotprojekt**

Antrag des Abgeordneten Patrick Öztürk  
vom 7. Mai 2019  
(Drucksache [19/2182](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1354**

**Im Namen der Steuergerechtigkeit – Liste der „Steuroasen“  
auch auf europäische Länder ausdehnen und gleiche  
Steuerbedingungen herstellen**

Antrag des Abgeordneten Patrick Öztürk  
vom 7. Mai 2019  
(Drucksache [19/2183](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/1355**

### **Beauftragte/Beauftragter für Menschen-, Grund- und Bürgerrechte im Land Bremen**

Antrag des Abgeordneten Patrick Öztürk  
vom 7. Mai 2019  
(Drucksache [19/2184](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/1356**

### **Erhöhung der Wahlbeteiligung und Weiterentwicklung des Wahlrechts**

Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses „Erhöhung der Wahlbeteiligung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“  
vom 7. Mai 2019  
(Drucksache [19/2185](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in der Bremischen Landeswahlordnung die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in allen weiterbildenden Schulen die Möglichkeit geschaffen wird, dass dort anwesende Wahlberechtigte eine Woche vor dem Wahltermin in der Zeit von 8.30 Uhr bis 15.30 Uhr ihre Stimme abgeben können.
2. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nichtständigen Ausschusses „Erhöhung der Wahlbeteiligung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“ Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Inneres (federführend) und an die Senatorin für Kinder und Bildung zur weiteren Veranlassung.

**Nr. 19/1357**

**Im Kampf gegen Kindesmissbrauch „Vertrauensprüfungen“  
zulassen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 28. August 2018  
(Drucksache [19/1798](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1358**

**Im Kampf gegen Kindesmissbrauch „Vertrauensprüfungen“  
zulassen**

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres  
vom 7. Mai 2019  
(Drucksache [19/2187](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen  
Deputation für Inneres Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1359**

**Gesetz zur Änderung der Bremischen Landesbauordnung**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 7. Mai 2019  
(Drucksache [19/2188](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und  
zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur  
Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen  
Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

## **Nr. 19/1360**

### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Wohnraumschutzgesetzes**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 7. Mai 2019

(Drucksache [19/2189](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

### **Bürgerschaft (Landtag) am 9. Mai 2019**

(Schreiben der Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 10. Mai 2019)

## **Nr. 19/1361**

### **Fragestunde**

1. Fall „Strohalm“ – Kam das Landesjugendamt seinen Pflichten nach?  
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hiltz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. März 2019
2. Umgang mit CBD-haltigen Produkten in Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. März 2019
3. Sportlehrerausbildung sichern  
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Julie Kohlrausch, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. März 2019
4. Abrufbare Bundes- und Landesmittel  
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. März 2019
5. Norddeutsche Wasserstoffstrategie – Was macht Bremen?

Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. März 2019

6. Autonome Fahren und Binnenschifffahrt

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. März 2019

7. Stauschwerpunkte analysieren und Verkehrsbehinderungen vermeiden

Anfrage der Abgeordneten Rainer W. Buchholz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. März 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Anerkennung von operationstechnischen und anästhesietechnischen Assistenten im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 21. März 2019

9. Rehabilitation und Entschädigung schwuler Justizopfer

Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Sülmez Dogan, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. März 2019

10. Kosten im Strafverfahren

Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 25. März 2019

11. Stalking im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 25. März 2019

12. Betroffenen Auskunft nach § 10 Bundesmeldegesetz (BMG)

Anfrage der Abgeordneten Piet Leidreiter, Jan Timke und Gruppe BIW vom 25. März 2019

13. Frauenhäuser im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 25. März 2019

14. Entfristung für Mitarbeiterinnen in Gleichstellungsmaßnahmen an der Uni Bremen

Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 26. März 2019

15. Umsetzung des Wohnraumschutzgesetzes

Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 28. März 2019

16. Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit heraus – wer wird wie unterstützt?

Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. März 2019

17. Vollständige Schulgeldfreiheit in den Therapieberufen

Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 28. März 2019

18. Verkauf des Schuppen 3

Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 4. April 2019

19. Zukunft der „Seute Deern“

Anfrage der Abgeordneten Christine Schnittker, Susanne Grobien, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. April 2019

20. Teilschritte zur Barrierefreiheit – barrierefreie Software

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. April 2019

21. Barrierefreie Erreichbarkeit der Räume der Gesamtschwerbehindertenvertretung und des Gesamtpersonalrats

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 17. April 2019

22. Bleiben Bußgelder auf der Straße liegen?

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 23. April 2019

23. Einstellungen von Strafverfahren nach § 154 Absatz 1 StPO

Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 23. April 2019

24. Geduldete Ausländer in Wohnungen

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 23. April 2019

25. Öffentlichkeitsfahndung nach einem Sexualstraftäter

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 23. April 2019

26. Hauptverfahren Baustellen-Überfall immer noch nicht eröffnet?

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 24. April 2019

27. Wechsel von Sprachförderungsklassen

(SPBO)/Berufsorientierungsklassen mit Sprachförderung (BOSP) in Maßnahmen oder Arbeit

Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 25. April 2019

28. Externe Meldemöglichkeiten für besorgte Pflegekräfte  
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. April 2019
29. Ausbildungsmöglichkeiten zum medizinisch-technischen Assistenten im Land Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 30. April 2019
30. Weiterleitung von Daten von Bewohnerinnen und Bewohnern von Gemeinschaftsunterkünften an die Polizei  
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 2. Mai 2019

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/1362**

### **Erasmus-Aktive im Land Bremen effektiv unterstützen**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der FDP vom 22. Januar 2019

(Neufassung der Drucksache [19/1879](#) vom 23. Oktober 2018)

(Drucksache [19/2012](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Einrichtung einer Erasmus-Koordinierungsstelle für das Land Bremen, zuständig für alle Bereiche in denen sich Bremen an Erasmus-Projekten beteiligt, bei der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit sicherzustellen;
2. in diesem Zusammenhang ein Koordinierungsgremium zur Vernetzung der Erasmus-Aktiven im Land Bremen einzurichten;
3. zu prüfen, inwieweit die Aufstockung der Entlastungsstunden für die Erasmus-Koordination im schulischen Bereich sinnvoll und möglich ist oder alternativ entsprechende Zulagen gezahlt werden können;
4. dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit binnen drei Monaten zu berichten, wie die oben dargestellten Punkte umgesetzt werden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit (federführend) und an die Senatorin für Kinder und Bildung, die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sowie an den Magistrat der Stadt Bremerhaven zur weiteren Veranlassung.

### **Nr. 19/1363**

#### **Eine „Europäische Universität“ in Bremen?**

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 6. November 2018

(Drucksache [19/1903](#))

D a z u

#### **Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2018**

(Drucksache [19/1957](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Nr. 19/1364**

#### **Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode**

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2019

(Drucksache [19/1975](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1365**

**Bericht über die Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 19. Legislaturperiode**

Bericht des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit vom 24. April 2019  
(Drucksache [19/2150](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1366**

**Ambulante Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Krankenversicherung**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 8. November 2018  
(Drucksache [19/1908](#))

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2018**

(Drucksache [19/1978](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1367**

**100 Jahre Novemberrevolution: Startschuss für Demokratie,  
Frauenwahlrecht und Mitbestimmung**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 6. November 2018

(Drucksache [19/1904](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) beauftragt den Vorstand der Bremischen Bürgerschaft, ihr einen Vorschlag für eine angemessene jährliche Würdigung der Novemberrevolution in Bremen und Bremerhaven vorzulegen. Dabei sollen die Aspekte Demokratie, Frauenwahlrecht und Mitbestimmung gleichermaßen berücksichtigt werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept zu erarbeiten und ihr vorzulegen, wie die Novemberrevolution in Bremen und Bremerhaven in der Erinnerungs-, Forschungs- und Bildungsarbeit stärker verankert werden kann. Dabei sollen die Aspekte Demokratie, Frauenwahlrecht und Mitbestimmung gleichermaßen berücksichtigt werden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Kinder und Bildung (federführend) und an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, die Zentralstelle zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau sowie den Magistrat der Stadt Bremerhaven zur weiteren Veranlassung.

## **Nr. 19/1368**

### **Wahl und Vereidigung eines Mitglieds und Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Staatsgerichtshofs**

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Herrn Dr. Stephan Haberland anstelle der ausgeschiedenen Frau Prof. Dr. Barbara Remmert zum Mitglied des Staatsgerichtshofs.

Herr Dr. Stephan Haberland leistet gemäß § 4 Absatz 1 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vor der Bürgerschaft folgenden Eid:

"Ich schwöre, dass ich als gerechter Richter allezeit die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gewissenhaft erfüllen werde."

Herr Dr. Stephan Haberland leistet den Eid mit folgenden Worten:

„Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Frau Dr. Katja Koch anstelle von Herrn Dr. Stephan Haberland zum stellvertretenden Mitglied des Staatsgerichtshofs.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/1369**

### **Gesetz zur Änderung der Bremischen Landesverfassung**

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP

vom 25. März 2019

(Drucksache [19/2116](#))

3. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in dritter Lesung, und zwar mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

### **Nr. 19/1370**

#### **Gesetz zur Änderung der Bremischen Landesverfassung**

Bericht und Antrag des nicht ständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Bremischen Landesverfassung

vom 30. April 2019

(Drucksache [19/2166](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nicht ständigen Ausschusses nach Artikel 125 der Bremischen Landesverfassung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

### **Nr. 19/1371**

#### **Gesundheitliche Ungleichheit nachhaltig bekämpfen – kommunale Stadtteilgesundheitszentren einrichten**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 6. Mai 2019

(Drucksache [19/2172](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/1372**

### **Landesgesundheitsbericht Bremen 2019**

Mitteilung des Senats vom 7. Mai 2019

(Drucksache [19/2174](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## **Nr. 19/1373**

### **Gesundheit in Quartieren mit besonderen Herausforderungen verbessern**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 7. Mai 2019

(Drucksache [19/2186](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept für ein integriertes Gesundheitszentrum im Bremer Westen mit den vor Ort tätigen Akteuren zu entwickeln und es der Bürgerschaft (Landtag) bis Ende des Jahres 2019 vorzulegen sowie darzustellen, in welchen Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven es einen ähnlichen Bedarf gibt. Hierzu sollen Gespräche mit dem Magistrat Bremerhaven sowie den Partnern der Selbstverwaltung (Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigung) sowie der Ärztekammer geführt werden. Soweit möglich sollen Kosten noch vor den Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2020/2021 dargestellt werden, damit sie mit in die Beratungen einfließen können.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz (federführend) und an den Magistrat der Stadt Bremerhaven zur weiteren Veranlassung.

**Nr. 19/1374**

**Konzept zur Hebung der Einstiegsämter der Primar- und Sek. I-Lehrkräfte von A 12 auf A 13**

Mitteilung des Senats vom 12. März 2019  
(Drucksache [19/2100](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1375**

**Gesetz zur Anhebung der Lehramtsbesoldung und zur Anpassung der Besoldungs- und Beamtenversorgungsbezüge 2019/2020/2021**

Mitteilung des Senats vom 30. April 2019  
(Drucksache [19/2158](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

**Nr. 19/1376**

**Umsetzung des neuen Gesamtplanverfahrens der Eingliederungshilfe im Bereich der Erwachsenenpsychiatrie im Land Bremen**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 14. November 2018  
(Drucksache [19/1917](#))

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 29. Januar 2019**  
(Drucksache [19/2019](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1377**

#### **Rechte von Menschen mit psychischen Erkrankungen in öffentlich-rechtlicher Unterbringung stärken**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 16. Januar 2019

(Drucksache [19/1999](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

#### **Nr. 19/1378**

#### **Bericht der Besuchskommission für den Zeitraum Mai 2016 bis April 2018 nach dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG)**

Mitteilung des Senats vom 5. Februar 2019

(Drucksache [19/2030](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1379**

**Repräsentative Demokratie attraktiver gestalten**

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)  
vom 11. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1964](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1380**

**Gesellschaftliche Integration durch Beflaggung auf Schulhöfen mit der Bundesflagge**

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)  
vom 13. Dezember 2018  
(Drucksache [19/1967](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1381**

**Sozial ungerecht, zu teuer und rechtspolitisch bedenklich:  
Modellprojekt umsetzen, auf Ersatzfreiheitsstrafen verzichten!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 6. Februar 2018  
(Drucksache [19/1520](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## Nr. 19/1382

### **„Schwitzen statt Sitzen“ zur Pflicht machen - verpflichtende gemeinnützige Arbeit vor Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 10. April 2018  
(Drucksache [19/1540](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

## Nr. 19/1383

### **Sozial ungerecht, zu teuer und rechtspolitisch bedenklich: Modellprojekt umsetzen, auf Ersatzfreiheitsstrafen verzichten; „Schwitzen statt Sitzen“ zur Pflicht machen – verpflichtende gemeinnützige Arbeit vor Vollstreckung einer Freiheitsstrafe**

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses  
vom 10. April 2019  
(Drucksache [19/2134](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine rechtliche Novellierung der Regelungen zur Ersatzfreiheitsstrafe einzusetzen und dabei die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Justizministerkonferenz einzubeziehen. Dabei sollen insbesondere die folgenden Punkte geprüft werden:
  - a) Die Verhängung einer Ersatzfreiheitsstrafe nur durch (erneute) richterliche Entscheidung.
  - b) Die Verhängung einer Ersatzfreiheitsstrafe nur aufgrund eines Urteils, nicht jedoch eines Strafbefehls.
  - c) Die Möglichkeit, die Tagessatzhöhe bei Änderung der persönlichen Verhältnisse des Verurteilten nachträglich abzuändern.
  - d) Die Möglichkeit, eine (Rest-) Geldstrafe ebenso wie eine (Rest-) Freiheitsstrafe zur Bewährung auszusetzen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
  - a) die bereits implementierten und erfolgreich laufenden Maßnahmen zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafe bedarfsgerecht auszubauen und an Bedürfnisse und Fähigkeiten der teils sehr schwierigen Klientel anzupassen;

- b) den „Runden Tisch zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen“ um Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte als Gäste zu erweitern;
- c) darauf hinzuwirken, dass noch stärker als bislang bereits im Ermittlungsverfahren die persönlichen Verhältnisse der Beschuldigten gründlich ermittelt und sowohl bei der staatsanwaltschaftlichen Wahl zwischen Diversion, Anklage- und Strafbefehlsverfahren, als auch bei der Festsetzung der Tagessatzhöhe einer zu verhängenden Geldstrafe, beginnend mit dem Einstiegssatz von 1 Euro, berücksichtigt werden.
- d) zu prüfen, wie der Problematik begegnet werden kann, dass manche Betroffene von einer per Strafbefehl verhängten Geldstrafe erst dann erfahren, wenn sie festgenommen werden und ihnen der Haftbefehl zur Vollstreckung der EFS bekannt gegeben wird, etwa durch den Verzicht auf die Möglichkeit einer Ersatzzustellung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Justiz und Verfassung zur weiteren Veranlassung.

## **Nr. 19/1384**

### **Radikalisierung früh erkennen und reagieren - Gesetz zur Zuständigkeit bei erkannter Radikalisierung junger Menschen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. August 2017

(Neufassung der Drucksache [19/1181](#) vom 8. August 2017)

(Drucksache [19/1189](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit den Änderungen aus der Drucksache [19/1192](#) in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

**Nr. 19/1385**

**Radikalisierung früh erkennen und reagieren - Gesetz zur  
Zuständigkeit bei erkannter Radikalisierung junger Menschen**

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres  
vom 30. April 2019

(Drucksache [19/2164](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

**Nr. 19/1386**

**Frühzeitige unabhängige Asylverfahrensberatung für  
Geflüchtete ermöglichen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 22. Oktober 2019  
(Drucksache [19/1870](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, Geflüchteten in der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) nach der Ankunft eine Asylverfahrensberatung bereitzustellen, um asyl- und aufenthaltsrechtliche Informationen zu vermitteln und individuelle Perspektiven zu klären. Hierfür ist in den Abläufen der ZAST vor der Einleitung eines Asylverfahrens beim BAMF eine unabhängige Beratungsstelle einzuplanen und zu refinanzieren.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

**Nr. 19/1387**

**Frühzeitige unabhängige Asylverfahrensberatung für  
Geflüchtete ermöglichen**

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und  
Integration  
vom 8. Mai 2019  
(Drucksache [19/2190](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis